

Der Kampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Kampfstern“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis frei Haus monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,80 Mark, einschließlich Postgebühren. Bezugs- und Druck-Verwaltungsgesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, G.m.b.H., Halle, Verdenstraße 14.

Verleger: 13 Goldplattweg 1, d. Wilmanns Ecke u. Grotte; 70 Goldplattweg 1, Kellern im Zentrum. Druckerei: 14, Tel. 106, 107, 223. Zeitungs-Druck: Kellern im Zentrum. Halle. Konzepte: Grotte, u. Privat-Druck, Halle. Verlagskonto: Bezahl 1008 48 Fritz Koch, Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Sonnabend, 26. Juni 1926

6. Jahrgang * Nr. 148

Der Kampf gegen Fürstenraub und gegen Wucherzölle — ein und derselbe Kampf!

Halle, 26. Juni.
Als die kommunistische Partei die Volkseinkaufskampagne vorantrieb, waren alle ihre Anstrengungen darauf gerichtet, den wertvollen Kampf gegen die Wucherzölle und die Agitation der Fürstenpartei gegen den Volkseinkauf zu fördern. Die Agitation der Fürstenpartei gegen den Volkseinkauf ist ein Kampf der Schwerindustrie und des großagrarischen Kapitals gegen die wirtschaftliche Offensive der Arbeiterklasse. Sie ist ein Kampf, der die wirtschaftliche Offensive der Arbeiterklasse gleichmäßig vorzubereiten. So hat der „Kampfstern“ an dieser Stelle am 2. Juni den Plan der Agrarier entwirrt, durch die Vergrößerung der Getreidezölle und Erhöhung aller Lebensmittelzölle einen Schlag gegen die gesamte arbeitende Bevölkerung zu führen. Demgegenüber hat die sozialdemokratische Presse von dem drohenden Schlag der Fürstenpartei überhaupt keine Notiz genommen und hat in kleinen, verstreuten Notizen registriert. Die sozialdemokratische Presse hat den Kampf um den Volkseinkauf als einen Kampf um die „Demokratie“, losgelöst von den großen Lebensfragen der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie der Kleinrentner geführt.

Duldet keinen Kompromißbetrug!

Aus den Meldungen der bürgerlichen Presse geht unzweifelhaft hervor, daß die Regierungspartei und die SPD-Führer über einen Kompromiß verhandeln. Sowohl die Opposition der Wichtigen Volkspartei gegen die Scheinopposition, die die Regierungspartei gewähren sollen, um die SPD, die Kapitalisation zu ermöglichen, als die Drohungen der SPD, mit Reichstagsauflösung, sind nur listige Manöver, um die breiten Massen irrezuführen und dann für vor vollendete Tatsachen zu stellen.
Die SPD-Vertreter im Reichstagsauschuß stellen zum § 12, der den Fürsten eine „angenehme Lebenshaltung garantieren“ soll, den Zusatz, diese Garantie sei für die jetzt lebenden Mitglieder der Fürstlichen Familien zu beschränken. Der Geist dieses Antrages kennzeichnet die schamlose Kapitalisationsbereitschaft der SPD-Führer und gleichzeitig die Form, wie der sozialdemokratische Antrag von den Sozialdemokraten und Regierungspartei mit 16 gegen 3 Stimmen der Kommunisten angenommen.
Wenn die Kommunisten nicht dazu beitragen wollen, durch die Mitarbeit an der Komödie der Verfassungsänderung, Millionen in den Wägen zu erheben, so drückt ihre Haltung nur jene aller wirtschaftlichen Anhänger der entscheidungsvollen Entzweiung an.
Die wertvollen Wägen wollen nichts vom Kompromißbetrug wissen. Wenn sie sich auch in dem Paragraphenbündel der Regierungsvorlage nicht zu bewegen, so ist die Wägen gegen jeden Fürstenkompromiß in ursprünglicher oder verbelebter Form fest und unbeweglich. Die Lösung: „Kein Fleug in den Fürsten“, ist nach wie vor die einzige, die die Massen sammelt.

Reichstagsauflösung und Neuwahl: Diese Forderung, die einige Konsequenzen des Ergebnisses der Abstimmung, bildet überall das Thema der Diskussionen in den Betrieben. Der unerbittliche Druck der Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiterfront wirkt sich darin aus, daß die sogenannten linken Führer, wie z. B. Paul Voigt, auch die Reichstagsauflösung fordern. Diese Stellungnahme der pseudo-linken SPD-Parlamentarier über aber die Arbeiter auf keinen Augenblick täuschen. Sie jonglieren mit den Parolen wie mit ihren Geiseln. Die Reichstagsauflösung und die Neuwahlen können nur erzwungen werden, wenn eine nicht nur unerbittliche Massenfront, sondern eine Massenfront die SPD-Führer und die Regierung daran verhindert, die Fürstenabfindung unter Tadel und Schand zu bringen.
Diese Massenfront auszulösen, ist die Aufgabe der Einheitsfronts und Arbeitersolidarität, die jetzt nach dem Volkseinkauf mit doppelter Energie arbeiten müssen, um die Forderungen der Wertigen durchzusetzen.
Niemand darf sagen: „Die Massen sind überfällig!“ Nur wir sind zu überfällig, wenn wir nicht vorhersehen, die gemäßigten Energien der Wertigen zu organisieren!
Dienstag soll die Fürstenabfindung im Plenum des Reichstages beraten werden. Bis Dienstag heißt es, die Betriebe gegen den Scheinkompromiß zu mobilisieren.
Verstärkt den „Wahlkampf!“ Diskutiert mit den Wertigen in Stadt und Land! Stärkt das Selbstvertrauen der Arbeiter und das Vertrauen zur SPD, die die Massen zum Kampfe sammelt!

Widerstand schwingt große Kräfte im Parlament über die „Unmöglichkeit“ einer Erhöhung der Getreidezölle, ohne ein Wort zu sagen, daß durch die terroristische Verhinderung der Abstimmung beim Volkseinkauf der Boden zum Jähling vorbereitet wurde. Der ehemalige Reichstagsabgeordnete mag sich nicht mehr dazu leisten, die Politik nur ein Heberbein zu sein, die politische Reaktion nur ein Werkzeug ist, um wirtschaftliche Ausbeutung der Massen durchzuführen zu können. Denn aber vor dem Volkseinkauf das Verschweigen der Zoll- und der gesamten geplanten Wirtschaftsoffensive des Kapitals den Sinn des Volkseinkaufs verfehlt und das die Stoffe! der gesamten Bewegung geschwächt hat, so ist die Trennung von Fürstenraub und Wucher nach dem Volkseinkauf diese eine Unterbrechung der Pläne der Zollwucherer. Die Aufgaben sind bekannt. Die Agrarier verlangen, daß ab August die Zölle für Roggen von 3 Mark pro Doppelmetre auf 7 Mark, für Weizen von 3,50 Mark auf 7,50 Mark erhöht werden. In dem mit Schwaben abgeschlossenen Handelsvertrag, der im Parlament zur Beratung lag, wurden schon Getreidezölle von 3 Mark für Roggen und 3,50 Mark für Weizen vereinbart. Der Zoll für Futtergerste wurde von 1 Mark auf 2 Mark erhöht. Diese unangehörige Steigerung der Futterzölle hat die Existenzgrundlagen der kleinsten Bauern, die Großgrundbesitzer bedroht, nicht nur die kleinsten Bauern, sondern auch die bäuerliche Kleinwirtschaft mit einem Schlag zu treffen. Sämtliche Zölle für Schweinefleisch, Schmalz, Margarine sollen verdoppelt werden. Der einzige unangenehme Mische der für Wucherzölle, Erwerbslose, Anzugerichter, Steuer, freit Getreide!

Die Fürstenabfindung im Reichstag

(Eigener parlamentarischer Sonderbericht)
Berlin, 26. Juni.
Am Reichstagsauschuß des Reichstages wurden am Freitag mehrere zum Fürstenabfindung der Regierungsvorlage erörtert. Die Situation ist im allgemeinen unverändert. Die Deutschnationalen treten propagandistisch und unerschrocken auf, neben Dr. Eberling tut sich besonders als Fürstenanwalt Herr von Dr. D. an, der Sohn des bekannten Heppredigers Wilhelm II. hervor. Am 10. Januar sind die Sozialdemokraten, die bei jeder Gelegenheit ihren Willen zur positiven Mitarbeit und ihre Sympathie für die einzelnen Bestimmungen der Regierungsvorlage bekunden. Dabei wurden in der Freitagssitzung vom 26. Juni diese bescheidenen Verbesserungsvorschläge der SPD fast sämtlich abgelehnt. Die Abstimmung der einzelnen Paragraphen erfolgt jedesmal das Bild: Regierungspartei, Deutschnationalen, Kommunisten, Sozialdemokraten und Sozialdemokraten enthalten sich der Abstimmung. Die Kommunisten, die sich an der Abstimmung der Wägen durch die famose Regierungsvorlage nicht beteiligen wollen, helfen keine Änderungsanträge und enthalten sich bei den sozialdemokratischen sogenannten Verbesserungsvorschlägen der Stimme.
In der Besprechung des § 14 einzelne Genosse Rosenbergs die ganze Möglichkeit der sogenannten sozialdemokratischen Verbesserungsvorschläge. Der § 14 bestimmt, daß den Fürsten eine angemessene Lebenshaltung gesichert werden muß. Man kann sich denken, welche Kleinbeträge das Reichstagsgericht als angemessen für Wilhelm II. ansehen würde. Genosse Rosenbergs wies darauf hin, daß die SPD nicht einmal den Mut hat, in ihren Anträgen den Begriff „angemessen“ näher zu bestimmen.
Rosenbergs von der SPD, erwiderte, die Kommunisten möchten bessere Änderungsanträge stellen. Genosse Rosenbergs antwortete, daß wir bei dieser Vorlage nicht die Rolle der SPD spielen wollen. In der weiteren Debatte drohte Herr von Dr. D., daß die richtige und organisatorische Entwicklung Deutschlands gefährdet sei, wenn man den Hohenzollern Unrecht tue. Von kommunistischer Seite wurde die Deutschnationalen gefragt, ob sie etwas für Wilhelm II. persönlich wünschen würden. Der Abgeordnete der Wirtschaftspartei I. pers erinnerte recht wirkungsvoll daran, welches Unrecht die Hohenzollern 1898 selbst an dem Hohenzollern Königshaus verübt haben.
Die Verherrlichung des „Kerns“ über die Vorgänge im Reichstagsauschuß wird mit besonderer Schärfe durch einen der schärfsten Abstimmungen missgeratend Genosse K. an der Tagesordnung. Er stellte seine Abstimmung gleich dem richtigen. Dieser durchaus alltägliche Vorgang wird vom „Vorwärts“ in sensationellem Stil berichtet. Die Rumpfsitze des Herrn Stämpfer haben nur den Zweck, auf die Annahme des Fürstenkompromisses durch die SPD, vorzubereiten.

Alle Anordnungen waren überfüllt. Tausende mußten wieder umkehren. Kommunistische Reichstagsabgeordnete sprachen unter starkem Beifall gegen das Verhalten der Regierung und des Reichstages, gegen die Kuhhandel der SPD-Führer, für die Einberufung eines Kongresses aller Wertigen. Kommunistische Einheitsfront wurde geteilt im Hinblick an das Referat den schmächtlichen Bericht der SPD, an das Arbeitermassen bei den Verlierer Einheitsfronten. In allen Verlesungen wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die die Haltung der SPD-Führer in der Frage der Fürstenabfindung, wie ihr Verhalten im Berliner Stadtparlament, so sie zusammen mit den Bürgerlichen den Staat und der Schöpfung der sozialen Steuern zugunsten haben, brandmarkt. Den Sturz der arbeitenden Regierung, die Erziehung einer Arbeiter- und Bauern-Regierung als einzigen Ausweg für die Arbeiterfront verlangt. Zur Erreichung dieses Zieles ist der Zusammenbruch aller Schichten der wertigen Bevölkerung zu einer unerschütterlichen Einheitsfront das Gebot der Stunde.

Die Pläne der Agrarier bedeuten, daß eine Arbeiterfamilie etwa 150 Mark an Tributen den Fürsten zahlen soll. Wenn diese unangehörigen Forderungen auch nur aufgestellt werden, durch ein sogenanntes Kompromiß sie näher zu reduzieren, würden diese „ermäßigten“ Zölle die monatliche Lebenshaltung einer Arbeiterfamilie dennoch um 7 bis 10 Mark pro Woche erhöhen. Was dies angeht der Einkünfte der vollbeschäftigten Arbeiter und der Jungrentner der Erwerbslosensicherung bedeutet, braucht nicht gesagt zu werden.
Für den Zoll für Futtergerste wurde von 1 Mark auf 2 Mark erhöht. Diese unangehörige Steigerung der Futterzölle hat die Existenzgrundlagen der kleinsten Bauern, die Großgrundbesitzer bedroht, nicht nur die kleinsten Bauern, sondern auch die bäuerliche Kleinwirtschaft mit einem Schlag zu treffen. Sämtliche Zölle für Schweinefleisch, Schmalz, Margarine sollen verdoppelt werden. Der einzige unangenehme Mische der für Wucherzölle, Erwerbslose, Anzugerichter, Steuer, freit Getreide!

Massenversammlungen in Berlin

Die Berliner Arbeiterfront gegen den Verrat der SPD-Führer
(Eig. Draht.) Berlin, 26. Juni.
Die Berliner Arbeiterfront nahm gestern in 20 Massenversammlungen in der durch den Volkseinkauf geschaffenen Lage Stellung.

Stillelegung der Maschinenfabrik Wolff H.G.

Sabotage des Aufstadiums. — Die Folge: Massen-erwerbslosigkeit
Was höherleben wird gemeldet: Nach einem Beschluß des Generalrats der Maschinenfabrik Wolff H.G. in Magdeburg wird die hiesige Fabrik der Gesellschaft stillgelegt. Durch die Stilllegung, die bis zum 1. Oktober durchgeführt werden soll, werden rund 1000 Arbeiter, Angestellte und Beamte betroffen. 50 Arbeiter und Angestellte werden nach Magdeburg übernommen.

Diese alarmierende Nachricht, die auch viele Arbeiter aus unserem Bezirk betrifft, wird durch die Geschäftspolitik der Maschinenfabrik Wolff H.G. gegenüber dem Staat und in große Beunruhigung gerät.
Auf der Generalversammlung wurde einstimmig mitgeteilt, daß der Staat sich nicht an die Erfüllung der Forderungen der arbeitenden Presse zu niedrig und die Zahlungsfrist zu lang. Kontre Angaben wurden darüber natürlich nicht gemacht. Es ist mit Recht anzunehmen, daß die Firma durch das bekannte Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes beeinflusst wurde: in dem deutschen Firmen direkt aufgeführt werden, hohe Preise und unangemessene Bedingungen zu stellen, um Gewinnschlag an Reichstagsauschuß, d. h. zur Kapitalisation vor der deutschen profitierenden Großindustrie zu bringen.
Die Folge dieser verwerflichen Politik ist die Massen-erwerbslosigkeit. Unsere Annahme wird dadurch verstärkt, daß als neue Mitglieder unter anderen in den Ausschuss gewählt wurden die Führer H. K. H., die bekanntlich an der Spitze der schamhaften Kapitalisationsoffensive in Endzustand stehen.

Die Fürstenpartei haben bei der Vorbereitung und Organisation ihrer Aktion gegen den Volkseinkauf ihre Hoffnungen auf den Terror durch die Gebuld des deutschen Volkes gesetzt. Der Terror hat sich bewährt. Der deutsche Michel hat vom Zeitpunkt der Fürstenabfindung an betrauert, versagt. Die SPD-Führer legen ihre Hoffnung auf die Gebuld der sozialdemokratischen Arbeiter. Welche Mittel werden sie anwenden, wenn auch die Hoffnung sich als illusorisch erweist?

Die „Nationalisierung“ marckiert

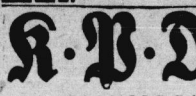
(Eig. Draht.) Düsseldorf, 26. Juni.
Deute wird bei der König H.G. der letzte Dien ausgefallen. Damit ist dann das Stahlwerk vollkommen stillgelegt. Kaiser der Arbeiter des Stahlwerks werden auch die Arbeiter der einzelnen dazu gehörenden Nebenbetriebe entlassen, so daß etwa 80 bis 100 Arbeiter wiederum aufs Wasser fliegen.

Am Sonntag, dem 27. Juni, Urwahl im DMB. Wählt Liste der Opposition!

Sonntag, den 4. Juli 1926, in sämtlichen Räumen des „Volkspark“:

Internationaler genossenschaftlicher Jahrestag

Mittags 1 Uhr: Demonstrations-Umzug — Anschließend: Genossenschaftsfest



Agitation der Halle-Merzb. Genoss. u. Rote Frontkämpfer. Sonntag, 4. Juli, abends 8 Uhr, im Volkspark. Vortrag über die Lage der Genossenschaft. Referent: Fritz Schulz. Eintritt frei.

Unterhalt. Halle-Genoss. Ordinarium, Sonntag, 4. Juli, abends 7 1/2 Uhr, in der Stadthalle. Vortrag über die Lage der Genossenschaft.

Unterhalt. Halle-Genoss. Ordinarium, Sonntag, 4. Juli, abends 8 Uhr, im Volkspark. Vortrag über die Lage der Genossenschaft.

Unterhalt. Halle-Genoss. Ordinarium, Sonntag, 4. Juli, abends 8 Uhr, im Volkspark. Vortrag über die Lage der Genossenschaft.

Unterhalt. Halle-Genoss. Ordinarium, Sonntag, 4. Juli, abends 8 Uhr, im Volkspark. Vortrag über die Lage der Genossenschaft.

Unterhalt. Halle-Genoss. Ordinarium, Sonntag, 4. Juli, abends 8 Uhr, im Volkspark. Vortrag über die Lage der Genossenschaft.

Unterhalt. Halle-Genoss. Ordinarium, Sonntag, 4. Juli, abends 8 Uhr, im Volkspark. Vortrag über die Lage der Genossenschaft.

Halt!
da liegt der Fehler!

Sparen Sie Persil niemals in kaltem Wasser auf Sie haben nur die halbe Waschwirkung!

Persil
nie heiss auflösen!

Zum Vermischen des Wassers vermischt man vorher einige Tropfen Persil. Ein solches Sud ist ein Höchstes was Sie auch zum Einweichen nur die altebräutliche Methode! Bleich-Soda!

Ohne jegliche Ueberhebung d. beste Programm
Bei mir - Niagara
7 Me. Albert Eilenbach u. Kom. Semlerstr.
Nahdorm: Der Mann mit zwei Gesichtern
Aus dem Leben eines Strahlings [2413]

Stadt-Theater
Heute
Sonntag 7 1/2 Uhr
Boots-Genossenschaft
Sonntag 7 1/2 Uhr
Korallenstein

Waihalla
8 Uhr
Ob in Kreuz, ob Hund
Man findet hier wie da genau
daselbst

Haben Sie schon
Kudolf Nölker als
Louis Stromfohl
und Anna Müller-Binde als
Rine Brandt in
Uebem großen Teich
gehen?
Stürmische Heiterkeit!
Tageskasse ab 11 Uhr ummünzen

Rakete
Mittwoch
Sonabend
Sonntag
Kabarett
und **Tanz**
Sonabend
ein Abend in
Alt-Heidelberg

Volkspark
heute, Sonnabend:
Gartenkonzert / Ball
Sobaminiest der Buchdrucker
Morgen, Sonntag:
Freiheitskonzert / Ball
Drei-4-Mer, Calmbacher
Biere, Ritterguts-Gaite

Wappeler
Montag 6.30 Uhr
Sola 12.00 Uhr
Röderberg 15

Volkspark
heute, Sonnabend:
Gartenkonzert / Ball
Sobaminiest der Buchdrucker
Morgen, Sonntag:
Freiheitskonzert / Ball
Drei-4-Mer, Calmbacher
Biere, Ritterguts-Gaite

„Roter Frontkämpfer-Bund“

Das Genossenschafts-Rat, Klausurtag 10 Uhr, öffnet für auswärtige Kameraden Sonntag, 4. Juli, abends 8 Uhr, im Volkspark. Vortrag über die Lage der Genossenschaft. Referent: Fritz Schulz. Eintritt frei.

Unterhalt. Halle-Genoss. Ordinarium, Sonntag, 4. Juli, abends 8 Uhr, im Volkspark. Vortrag über die Lage der Genossenschaft.

Burg-Theater
Für noch heute und morgen

Ein Waggon
Emaillewaren
wunderschön und spottbillig

Albert Bohrmann
Weißfels

Beachten Sie die Preise
in meinem Schaufenster

Alle Bürger
empfehlen die
Buchhandlungen
Berg 42/44
Verdenfelderstr. 14

Solbad Wittelin
Mittwoch, 30. Juni 1926
Brunnenfest

Wetten Sie
nicht mit Jaren Freunden
Sie an der Abendkassette
alle Arten betonen. Wenn
Sie haben den Verstand
Wie Film

Neuzeitliche
Bettfedern-Reinigung
modernes Anlage mit Aufhängungs-
und Abzugsaugen - täglich im Betrieb
(sehr billig)

im Renner
1926 unaufrichtig die Sieger!
100seitig gemalte u. farbige
geleitete Spielpläne, durch
Viel spielen gewonnen. In
jedem Jahr über 100.000
Spielpläne (in einem Jahr
Nacht) erster Stimmbriefe bei
größten Erfolg das

Bettengas
Bruno Paris
R. U. Mühlstr. 2, Eingang Kampkloffe,
2 Stunden vom Markt

Moderne Theater
täglich 8 Uhr täglich 8 Uhr
Sonntags 4 Uhr-12

Jeder Amerasrad des F.V. und A.V. der die

CL. und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluss einer großen Funktionärerversammlung aus der
Organisation aus

AGVD

Begehrte Halle-Merzb. Jugendsekretariat Halle a. d. S., Verdenfelderstr. 14, Fernruf 1473

Unterhalt. Halle-Genoss. Ordinarium, Sonntag, 4. Juli, abends 8 Uhr, im Volkspark. Vortrag über die Lage der Genossenschaft.

Unterhalt. Halle-Genoss. Ordinarium, Sonntag, 4. Juli, abends 8 Uhr, im Volkspark. Vortrag über die Lage der Genossenschaft.

Unterhalt. Halle-Genoss. Ordinarium, Sonntag, 4. Juli, abends 8 Uhr, im Volkspark. Vortrag über die Lage der Genossenschaft.

Unterhalt. Halle-Genoss. Ordinarium, Sonntag, 4. Juli, abends 8 Uhr, im Volkspark. Vortrag über die Lage der Genossenschaft.

Jung-Spartakus-Bund

Begehrte Halle-Merzb. Halle a. d. S., Verdenfelderstr. 14

Begehrte Halle-Merzb. Halle a. d. S., Verdenfelderstr. 14

Pioniere, sport für Guts Genossenveränderungen. Ungezügelter beim Peler.
Sonne, 4 Uhr in der Produktion Genossenschaft Funktionärerversammlung. Kapazität
für alle Zeitungs- und Kartenveränderungen, nach unbeschäftig, 2.500
Materialienange.

Sonntag, 27. Juni, Treffpunkt um 8 Uhr im Volkspark. Vortrag über die Lage der Genossenschaft.

Sonntag, 27. Juni, Treffpunkt um 8 Uhr im Volkspark. Vortrag über die Lage der Genossenschaft.

Bringt Sparen Gewinn?

Wenn Sie jährlich 100 RM. bei uns sparen, also wöchentlich etwa 2 RM., so haben Sie bei 6% Zins und Zinseszins

in 5 Jahren	563,66 RM.
in 10 Jahren	1317,82 RM.
in 15 Jahren	2326,98 RM.
in 20 Jahren	3677,54 RM.
in 25 Jahren	5485,— RM.
in 30 Jahren	7903,80 RM.

in 30 Jahren in 30 Jahren mit 3000 RM. eingezahlt, somit einen reinen Zinsgewinn von 4903,80 RM. erzielt

Sparen Sie deshalb regelmäßig bei der Sparkasse der Stadt Halle

Kathausstr. 5, Gr. Brunnenstr. 3a und Landwehrstr. 25 (Riesbedplatz)

Umtliche Vermittlungsstelle für Versicherungsanträge bei der Lebens-Versicherungs-Anstalt Sachsen-Thüringen-Anhalt

Ein beliebtes **blauer Anzug** **blaue Stoffe** **das** **blau** **blau**
Stellungsgut **blauer Anzug** **blaue Stoffe** **das** **blau** **blau**
Ein **blauer Anzug** **blaue Stoffe** **das** **blau** **blau**

Bund der Freunde der F.V.S.
Landesausgleich Halle-Merzb. Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1pt. Telephone 9150

Sie, Sonntag, 27. Juni, Kasuff ins Mittelteil, sämtliche Repräsentationen werden hier freischließig eingeladen. Gesellschafter Kinderplatz, 4. Juni 8 1/2 Uhr morg.

Es kosten solche in **9001. Nachener Qualität** leichter Qualität **12,80 bis 15,00** 12,80 14,00 15,00 18 70 bis 110 A kostet

Tuchhaus Hinz
Sch unterhalte in blau eine groß, Wollweide (ca. 20 Stk) u. bitte meine Schaufenster & beachten
Gr. Steinstr. 10

Einzel
Zur b
Die b
Der Ka
Zun
am erste
quinte A
zum erste
heit des
und keine
Der Ka
den B
wende
stange
entstige
die Man
sollen st
Alle b
Einträcht
den Ber
zeten Fi
schen B
erwunde
wange
Hagen
sollte
Die
den Bou
Die H
sowas
dem
sollte
Die
die H
die H
die H
die H
die H



Kann die Arbeiter arbeiten wollen, müssen sie noch Geld verdienen

In der Redaktion erscheint ein junger Bergarbeiter und legt folgende zwei Kohnzettel von den Deunaer Kohlenminen vor:

1 Tag zu 10 Stunden, a 45 l Wf.	4,51 Wf.
Abzüge:	
Steuern	0,05 Wf.
Knappschuß	3,05 Wf.
Spezialrenten und Miete	1,71 Wf.
zusammen	4,81 Wf.
Restbetrag	— Wf.
Remerkung: 30 Pfennige sind auszugeben.	
2 Tage zu 14 1/2 Stunden, a 45 l Wf.	6,54 Wf.
Knappschuß	1,02 Wf.
zusammen	7,56 Wf.
Abzüge:	
Knappschuß	3,06 Wf.
Steuern	0,06 Wf.
Spezialrenten und Miete	2,10 Wf.
zusammen	6,16 Wf.
Restbetrag	1,41 Wf.

erlaubt sich, noch weitere Erklärungen zu diesen Aufstellungen zu geben. Für monatlich 24 1/2 Stunden mag man es, wenn der Arbeiter gegen 1,41 Wf. zu bieten. Für die abgezogenen Steuern dürfte der betreffende Arbeiter in einer elenden Baracke einen Strohalb schlafen. Daraufhin sagen der junge Arbeiter noch drei weitere Kamenarten es vor, sich ihre Papiere geben lassen, da sie nicht einsehen können, daß sie für einen beträchtlichen Betrag ihren Körper rümpfen und ihr Jung zerreißen sollten. In diesem Vorgehen eines Einzelnen liegt natürlich die Ursache nicht begründet. Die Arbeiter dürfen nicht hoffen, allerdings bessere Arbeitsverhältnisse anzustreben. Das heißt mit anderen Worten, die Arbeiter haben dort, wo sie ausgebeugt werden, gegen die Ausbeutung vorzugehen und den Kampf gegen Grundbesitzer aufzunehmen. Aber den einzelnen Arbeitern müssen sich die Belegschaften der Gruben, Betriebsfabriken und auch die gleichen Gewerkschaften herren, zu einer einheitlichen Front zusammenzuschließen, um dem Beispiel der englischen Bergarbeiter folgend, einen allgemeinen Streik führen zu können.

Die Grube Leopold, ein schwarzer Punkt im Bitterfelder Revier

„Bergarbeiterzeitung“, Nr. 29 vom 26. Juni, dem Organ des Deutschen Bergarbeiterverbandes, entnehmen wir: In dem Stahlhelm beehrte Grube Leopold bei Bitterfeld die Öffentlichkeit durch ihr „sozialen“ Verhältnis den Arbeitern gegenüber bekannt gemacht. Die sehr hohen Kranken- und Unfallprämien und ungenügende Rationierung am besten die Grube auf dieser Grube erkennen. Was sich die Verwaltung in letzter Zeit leistet, heißt alles vorher Dagewesene in dem Revier. Zur Hilfe für ihre Maßnahmen hat sich die Direktion einen guten Stamm von Kaufmännern ausgesucht, die alles prompt tun. Die Arbeiter auf dieser Grube haben nach Ansicht dieser Grube zu parieren. Wer das nicht will, der scheidet einfach aus. Daß die Verwaltung nicht davon zurückzuckt, leicht Kranke zum Strohhaufen zu werfen, läßt sie in einem eigenen Blatte erscheinen. Mit den schätzbarsten und gemeinsten Menschen versucht man, sich unbenutzte Arbeiter vom Halbe zu machen. Ein großer Meister darin ist der Oberleiter Zäuner. Herr hat sich wirklich ein großes Lob bei der Direktion erworben, der letzten acht Tage krank war, noch am 16. Juni durch den Strohhaufen mit Hundesack der Baracke ging und oddasch auf dem Strohhaufen liegen. Der franzoese Mensch müßte die Nacht im Strohhaufen verbringen. Die Holze haben nach, daß der Arbeiter noch nach dem Schmetzwerk im Krankenhaus lag.

Stellt man eine Betriebszellenzeitung her?

(Von einem Arbeiter-Korrespondenten)

Demnächst, dem „Aufbruch“, entnehmen wir nachstehende Ausführungen eines Arbeiterkorrespondenten, der an der Herstellung einer Betriebszellenzeitung ist. Gerade während der Kampagne für den Volksentscheid setzte sich, daß die Genossen aus Mangel an Stoff, als aus Unkenntnis der vorhandenen Möglichkeiten nicht in der Lage waren, eine Betriebszellenzeitung herauszugeben. Wir glauben, daß die folgenden Hinweise beitragen werden, daß auch in unserem Bezirk mehr als Betriebszellenzeitungen hergestellt werden.

Die Notwendigkeit genügt, in den Betrieben unseren zu führen, ist es notwendig, daß in jedem Betriebe eine Betriebszellenzeitung erscheint. Diese Zeitungen sind notwendig, weil hier nicht auf das eingehen, was in der Zeitung geschrieben werden soll, sondern mich damit beschäftigen, was man am billigsten einen guten Apparat zur Herstellung von Betriebszellenzeitungen anfertigen.

Die meisten Genossen würden nämlich gegen eine Zeitung sprechen, wenn sie einen Vertriebsapparat hätten. Diesem abzuwehren, will ich versuchen, zu erklären, wie bzw. wie selbst billig einen solchen Apparat bauen kann.

Man kann die eine oder andere Genosse noch einen offenen Rahmen zu bauen. Sollte sich solcher vorhanden sein, so kann ich schnell einen zusammenzimmern. Es empfiehlt sich, den Rahmen nicht zu groß und nicht zu klein macht. Am besten ist ein Rahmen 23 mal 34 Zentimeter. Dieses ist, der für einen Foliobogen, welcher für die Zellenzeitung am besten ist. Hat man einen Rahmen gefunden, zusammenzimmern, so wird nach ein Brett gebracht, auf dem der Rahmen befestigt wird. Das Brett hat am besten die Größe des äußeren Rahmens, also 28 mal 39 Zentimeter. Bei

verlangen, daß wir wegen jeder Anordnung mit dem Betriebsrat der Arbeiterzeitung, das gibt es auf der Grube Leopold schon lange nicht mehr. Die Verwaltung behaltet den Kontrollverrat fast täglich (schoniert die Arbeiter und buchtet sie auf das brutaleste aus. Die Arbeiter brauchen die Grube nur als Überlebensstation, bis sie anderweitige Arbeit bekommen. Niemals wird ihnen dabei der Nachdruck auf Arbeit ein Kewers vorgelegt, nach dem sie sich verpflichten, 10 Stunden zu arbeiten und Überstunden bis zu 13 und 14 Stunden täglich zu leisten. Auch die deutsche Genossenschaft wird geprüft.

Die Mitglieder auf Grube Leopold wissen, daß es aller Kraft der Arbeiterzeitung bedarf, sich wieder menschenwürdige Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Dazu gehört eine geschlossene Organisation, die den Arbeitern einen Rückhalt gibt. Auch muß die Belegschaft dafür sorgen, wieder einen Betriebsrat zu wählen, der die Durchführung der tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen des Arbeitsvertrages überwacht. Nur weil die Arbeiter nicht so schwach organisiert sind, können derartige Zustände Platz greifen. Daß diese Verhältnisse abgeändert werden können, haben die Verhandlungen mit der Reichsversicherungsstelle in letzter Zeit gezeigt. Nicht weniger als viermal ist die Verwaltung der Grube verurteilt worden, an die Arbeiter wegen zu Unrecht erfolgter Entlassung eine Lohnentziehung zu zahlen. Für die Arbeiter kann es deshalb nur eine Pflicht geben, die Verwaltung aufzufordern, die tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten. Darüber hinaus: Heißt die Dramatisierung aller Bergarbeiter im Verband der Bergarbeiter Deutschlands!

Achtung, Metallarbeiter!

Es betrifft vornehmlich die irtümliche Auffassung, daß am Sonntag, dem 27. d. M., die Delegierten zum Verbandstag an jedem beliebigen Orte gewählt werden können. Das trifft nicht zu. Jeder Mann nur an dem Orte wählen, wo er angemeldet ist und seine Beiträge bezahlt hat. Reiner verläumde seine Pflicht! Es sollte alles andere zurecht, ehe er nicht gewählt hat die Mitte der Opposition!

Stahlhelmannieren von dem Rittergut Bornstedt-Mengel

(Landarbeiter-Korrespondent)

Auf diesem Rittergut scheint immerwährende Genugung wieder mal Trumpf zu sein. Bekanntlich stehen die Müllerischen Wäcker unter Zwangsverpachtung. Die Verwaltung hat bei Übernahme der Werte Anstellungen vorgenommen, um den Betrieb rentabel zu gestalten. Auch auf dem Gut ging man in dieser Weise vor und umlief 20 Jahre in der Landwirtschaft tätige Arbeiter. Dafür hat man sich einen taiferenzen Bergmann kommen lassen, der dem Gut wieder auf die Beine helfen soll. Daß man damit Schiffsbruch erlitt, beginnt jetzt auch der Zwangsverwalter einzusehen, der vorgekommen handlangere ist. Nicht, aus einem Bergmann konnte doch niemals ein richtiger Landwirt werden.

Wenn so auch wenig Gedenken vorhanden ist, Leute zu ichteneren, verliert der Aufseher M. desto besser. Eines Tages langen die Tagelöhnerfrauen einige proletarische Wieder. Der Gelang brachte das deutsche Herz des Aufsehers um fochen und er verlor sich das Gingen mit dem Bemerkung: „Hier wird nicht gelungen und auch keine Politik getrieben“. Einer der ebenfalls dort beschäftigten jungen Burischen stellte ihm deshalb zur Rede, worauf M. sofort eine Schlägerei mit dem jungen Burischen einleitete. Hierbei war er aber an die falsche Adresse gekommen, denn er bekam eine jämmerliche Tracht Prügel.

Der junge Burische wurde auf Befehl des Inspektors O. sofort wegen falschen Anspruchs auf einen „Schwarzarbeiter“ auf die Straße geworfen. Inspektor O. ist nämlich auch so ein treuherziger Herr, der hoch zu Ross auf die Welt geritten kommt und den Arbeiterinnen sagt, die Arbeit geht so langsam vor sich. Eine Frau wollte sich dieses nicht lassen, da wollte er sie gleich über den Haufen reiten. Als die Frau darauf die Fäde zur Abwehr erhob, drohte dieser laubere Herr, sie erschlagen zu wollen. Darin sind die deutschen Wäcker ja groß, weil sie wissen, daß wohl Arbeiter, aber keine Stahlhelmer vor Gericht gebracht werden.

Wenn die Arbeiterinnen sich diese Schimpfen nicht länger bieten lassen wollen, dann müssen sie sich selbst in die rote Front einreihen.

Man nun diese beiden Teile, welche man ohne Geld auszugeben, bekommen kann, so muß man in jedem 4 Wf. haben, zunächst 3,30 Wf. die Geldmenge, die man in jedem Bureaubedarfsgeschäft laufen kann. Man verlangt dort Seidenpapier für einen Groß-Apparat. Man muß die Gaze auf den Rahmen genau gleich mit feinen Stiften oder Seidenfäden. Aber es muß daran gedacht werden, daß sie auch straff auf den Rahmen kommt; ist dieses geschehen, so befestigt man mit zwei Scharnieren das Brett an dem Rahmen. Die Scharnieren hat meistens der eine oder andere Genosse, sonst muß man sie kaufen. Sie werden höchstens 70 Pf. kosten.

Nun braucht man eine Rolle, um Farbe aufzutragen, welche am besten 20 Zentimeter breit ist. Diese Rolle kostet höchstens 6 Wf.

Nun zur Zusammenstellung der Zeitungen selbst:

Zuerst muß die Zellenzeitung, einen Kopf haben. In der Höhe vorhanden, legt man ihn unter eine Waschplatte. Es muß darauf geachtet werden, daß unter der Zeichnung eine Waschplatte liegt, damit die Waschplatte, wenn man die Zeichnung mit dem Griffel nachsieht, nicht durchgedrückt wird. Man nun den Kopf auf die Waschplatte übertragen, so schreibt man das die Waschplatte an der Gaze fest. Man legt man eine Schere mit, wenn eine solche zur Verfügung steht.

Es nun die Waschplatte fertig, so legt man sie unter den Rahmen, mit der Zeichnung nach oben gegen die Gaze. Jetzt nimmt man die Farbwalze, färbt sie gut und fährt ein paarmal über die Gaze, nachdem man den Rahmen heruntergeklappt hat. Man muß die Waschplatte an der Gaze festhalten. Man legt man Papier unter die Gaze, zum die Waschplatte und macht die Abzüge, indem man immer mit der Walze über die Gaze fährt. Sind die Abzüge noch nicht gut, so färbt man nochmals die Rolle weg, die Gaze ein und fährt nochmals einige Male über die Gaze, bis die Abzüge gut sind.

Die zweite, noch einfachere Methode zur Herstellung von Betriebszellenzeitungen ist die Anwendung einer einfachen Zellographenplatte. Pro Zylinder sollten diese 6,50 Wf. Auf ein Blatt schreibt man mit Zellographentinte den Text oder die

Verbandstag der Buchdrucker

(2. Tag - 2. Tag)

Nach der Mittagspause erlittete Sönder-München den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Sie mißbilligte das Vorgehen der Berliner Gewerkschaft bei der Wahl der Delegierten und verlangte eine Zusammenarbeiten der Kollegen gleich welcher politischen Einstellung. In der folgenden Debatte wurde grundrißlich verprochen über die Frage, ob Ausschaltung oder Mitarbeit der Opposition. Der Vorsitzende brachte die Bitte zum Ausdruck, daß künftig in Berlin folgerichtiger und gewerkschaftlicher gearbeitet werden soll. Gegen eine Stimme wurden alle Anträge für gültig erklärt.

Am Schlußwort zum Geschäftsbericht führt der Vorsitzende noch einmal einige Momente an, unter deren Voraussetzung die Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen zu recht fertigen. Kollege Schmeichler erläuterte noch einmal, wie die Finanzen der Organisation angelegt sind, womit sich alle Delegierten einverstanden erklärten. Gegen eine Stimme wurde dem Vorsitzenden das Vertrauen ausgesprochen.

(3. Tag)

Am dritten Verhandlungstage wurde Punkt 2 der Tagesordnung „Stellungnahme zu den Anträgen auf Abänderung der Satzungen und der Bestimmungen über die Arbeitsbedingungen“ behandelt. Hierbei wurde die Verhandlungskommission durch den Vorsitzenden des Hamburger Kongresses über den Autorenbund verpflichtet der Vorstand aufzugeben. Ein Antrag Deijon, daß Mitglieder keinen Mitgliedsereine angehören dürfen, wird vom Vorstand zurückgewiesen. Der Vorstand ist der Ansicht, daß diese Vereine (Anfängervereine) (Schulvereine) gesellschaftlichen Beträgen haben, die somit die Verhandlungskommission gerechtfertigt ist. Die Verhandlung sollen künftig alle drei Jahre zusammenfallen. Der Vorstand ist der Ansicht, daß die Tagungen der Generalversammlung in der jetzigen Größe nicht mehr arbeitsfähig sind, er schlägt vor, daß fortan 1000 Mitglieder einen Delegierten wählen (bis her 600). Im Zukunft sollen nur der Gaze den 2. Vorsitzenden zu dem Ganzertraktoren werden, die mehr als 5000 Mitglieder haben. Die Wahlentscheidung erfolgt am 1. März. Weiter beschließt Kraus zur Frage des Industrieverbandes über die Verhandlungen, die seit dem letzten Kongress geführt wurden. Der Vorstand hat mit den anderen graphischen Verbänden Verhandlungen eingeleitet, die nicht erstet werden. Er will es im übrigen der Zeit überlassen, wie die Dinge sich entwickeln. Vor einer Arbeitsvertragung man er ganz entschieden.

In der Diskussion werden sich die Redner gegen die Ansicht, die Delegierten zu den Verhandlungen zu bezeichnen. Einleitend wird zum Ausdruck gebracht, daß der Verlust des letzten Verhandlungstages in der Autorenbund wieder aufgehoben werden soll. Bezeichnet wird von dem Redner das Verhältnis des Autorenbundes zu den Industrieverbanden, die einen Reihe Kollegen die abwartende Stellung des Vorstandes gut. Die Kollegen Dertel, Chemnitz, Rapp-Berlin, Martens, Hamburg, Sturz-Weitz, Sporn-Breslau, Baier-Nürnberg nehmen jedoch in dieser Frage eine bestimmende Haltung ein. Sie bekämpfen scharf die scheinbare Haltung des Vorstandes in dieser Frage.

Kollege Heise-Weitz greift den Vorstand und den „Korrespondenten“ an, daß sie sich indirekt gegen den Industrieverband ausgesprochen haben, obwohl sie sonst sagen, wir sind dafür. Nicht eine meilenferne Zukunftstheorie ist uns der Industrieverband, sondern eine Gegenwartsaufgabe. Die Verhandlungen des Vorstandes zeigen, daß die Arbeit nicht fördert. In der Autorenbund eine unumgängliche Notwendigkeit. Er begrüßt jeden Schritt, der auf diesem Wege vorwärts geht. Die Redner wollen wir noch, daß der ehemalige Führer der Berliner Opposition, Heider, nicht mehr für das fälschliche, wolle er sich früher eingestellt hat. Er trägt einen Haglichen Eiertanz auf.

Kollege Glaser (Vorstand) berichtet über die Anträge zum 1. Juli 1926 an den Vorstand. Die große Anzahl der Anträge auf die Arbeit und nicht durchzuführen. Wie sollen die Mittel hierfür aufgebracht werden? Es ist nicht Sache des Verbandes, den Opfern dieser Gesellschaftsformung zu helfen, hier hat der Staat mit der sozialen Justizorgane eingzugreifen. Der Organisation dürfen nicht Vorlagen unterliegen werden, die sie nicht tragen kann. Er empfiehlt, alle die Anträge der materiellen Kommission zu übermitteln. In der folgenden Diskussion sprechen sich ebenfalls die Redner scharf gegen eine Leberpannung der Untererigungsfrage aus.

(Fortsetzung folgt)

Zeichnung (Tinte 35 Pfennige pro Flasche). Sodann ist die Platte abzusgerichtet und man erhält 30 bis 40 gute Abzüge. Wenn man mehr Abzüge braucht, muß man die Platte abwischen und zum zweiten Male bedrucken.

Für gutes, leichtfertig, kein Gauspapier, darf für die Abzüge benutzt werden. 100 Blatt feines Papier kosten vielleicht 75 Pfennige.

Die dritte, leichter, aber bessere Methode für die Herausgabe der Zellenzeitungen ist die Anwendung des „Gob“ Apparates. Preis 9,60 Wf. Zu keiner Verwendung ist geeignet, in allen Farben erhältlich (keine Größe 35 Wf., Mittelgröße 50 Wf. und große Größe 60 Wf., ein Viertelstück 4 Wf.).

Bei Anwendung von Tinte, die auch bunte Zeichnungen ermöglicht, sind über 50 Abzüge möglich. Bei Zellographen-Original-Kohle-Papier und bei Maschinenstift mit Zellographenfarbe kann man 30 Abzüge herstellen. Die Waale des Apparates muß von Zeit zu Zeit erneuert werden. Das kostet 4,95 Wf.

Noch besser ist der Schapiro-Apparat. Preis 30 Mark. Erhältlich kostet 7,75 Wf.

Die Genossen können auch Abzüge mit einer Rolle, die auf dem Tisch angeheftet wird, machen. Eine einzige Rolle ergibt 20 bis 30 Abzüge, eine Waale mindstens 30 bis 40 Abzüge und man kann jede Waale mehrmals, aber mindstens fünfmal bedrucken werden, nur muß die alte Schrift vorher abgewaschen werden und die Waale mindstens zwei bis drei Tage unbenutzt bleiben.

So, Genossen, kostet eine Betriebszellenzeitung nur wenig und zwar in der Hauptsache das Papier. Die einzige Ausgabe ist eine einmalige von 30 Wf., die Kosten für die Tinte kommen fast gar nicht in Betracht. Das Kleinpapier sollen 1000 Bogen 7,50 Wf.

Der Text und die Zeichnungen werden mit Schapiro-Griff-Tinte auf die Waale geschrieben.

Jede Betriebszelle soll, wenn möglich, einen auf den Betrieb Bezug nehmenden Text geschrieben haben, der häufige Symbol der Zeitung werden muß. Es ist am besten, wenn dieser Kopf illustriert wird.

Also, Genossen! Setzen an die Herstellung von Betriebszellenzeitungen!

Halle und Saalkreis

Eine Arbeiterfrau über den Ausgang des Volksentscheids

„Der Kampf kann und muß weitergehen“

Wir erhalten folgenden Brief von einer Arbeiterin:

Ich weiß ja nicht, ob ich als Kolonialistin schon genug die Überlegung und den Wert der politischen Sache erfaßt habe. Jedoch möchte ich Ihnen meine Meinung über das Abstimmungsergebnis mitteilen. Ich für meine Person rechne die Wahl als einen Erfolg der kommunistischen Partei und ihrer Angehörigen. Ist es doch als ein gewaltiger Fortschritt zu bezeichnen, nämlich 2 Millionen mehr überzeugte Menschen dazu gekommen zu haben als bei der öffentlichen Einbürgerung. Es war vorauszu sehen, daß die Terrorkräfte, und weil die Einheitspartei erst in der Geburt noch ist. Wenn nun wirklich die 20 Millionen Stimmen abgezogen werden, wäre es da nicht zu einem Volksentscheid gekommen? Was meiner Ansicht wäre doch dann die ganze Angelegenheit in den Rubrikhand getreten und es wäre vielleicht durch den Reichstag ein Dedei über diese Sache gebetet worden. So sage ich mir, 2 Millionen Stimmen mehr und der Kampf kann und muß weitergehen.

Sodafolgend mit proletarischem Gruß
eine Proletenfrau.

Quartiere gesucht!

Für circa 100 Wittenberger Frontkämpfer, die mittels Volkswagen nach Asten zum roten Tag fahren und in Halle zum Sonntag über Nacht bleiben wollen, werden eine Anzahl Quartiere noch dringender benötigt. Alle Mitglieder des KKB, die für diese eine Nacht einen Kameraden aufnehmen können, werden dies bis höchstens bis 7 Uhr am Freitagabend mitteilen. Nicht dem KKB Angehörigen werden gebeten, sich ebenfalls gegen 7 Uhr in der „Sühne“, Kleine Ulrichstraße, einzufinden, wo die Verteilung der ankommenden Wittenberger Kameraden erfolgt.

Untergauteilung Halle-Saalkreis.

Aus dem Sozialen Ausschuss

Dem Sozialen Ausschuss lag ein Antrag zur Beratung vor, den Arbeitlosen und deren Familienangehörigen mindestens einmal im Monat in allen hiesigen Kunst- und Bildungsanstalten kostenlosen Eintritt zu gewähren.

In anderen Städten, z. B. Magdeburg, Berlin usw. ist es den Erwerbslosen ermöglicht, Museen, Zoo und Theater kostenlos zu besuchen. In Schönbach (SFB) begründete den Antrag. Er vertritt den Antrag in der Ansicht, daß auf das Stadtbudget nicht zu rechnen sei. Dieser müßte nach auf beiden Charakter der Städte gelten.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Welche Miete ist am 1. Juli 1926 zu zahlen?

Verschiedene Berliner Zeitungen veröffentlichen am letzten Sonntag mit feierlicher Würde: 100 Reichsmark Miete ab 1. Juli 1926. In diesen 100 Reichsmark werden die Zuschläge zur Grundvermögenssteuer, die die Gemeinde Berlin erhebt, bereits enthalten. Die Zeitungen hatten aber vergessen, daß der Reichstag inzwischen die Miete beschließen hat, wonach bis zum 1. April 1926 die Miethöhe nicht mehr als 100 Prozent der Friedensmiete betragen darf. Wir brauchen also einmal den S 1 des Gesetzes ab, welcher folgendes besagt:

Die Miete von 100 vom Hundert der Friedensmiete darf bis zum 1. April 1927 nicht überschritten werden. Ausnahmen sind nur zulässig, soweit die Festsetzung einer höheren Miete erforderlich ist, um die in dem § 2 Abs. 2, 3 vorgesehene Zuwachsgebühr zu decken. Soweit die Miete für die Zeit nach dem 1. April 1926 bereits höher festgelegt ist oder die in § 2 Abs. 2, 3 vorgesehene Zuwachsgebühr bereits überschritten hat, bleiben die getroffenen Bestimmungen unberührt.

Nach dieser letzten Fassung des Gesetzes ist es vollständig unmöglich, daß nach dem 1. Juli die Grundvermögenssteuer neben der 100prozentigen Miete noch auf die Miete umgelegt werden kann. Das Wort „Friedensmiete“ enthält vor allen Dingen das eine, das gefast wird, nun ist der Friedensmiete erreicht. In der Praxis werden nun immer alle erdenklichen Möglichkeiten benutzten, um die Miete zu erhöhen, die die Grundvermögenssteuer und Zentralheizung haben. Eine besondere Umlage der Grundvermögenssteuer usw. kann moer der Hausmit nicht weniger der Mieter. Der Hausmit konnte nur eins, wenn er glaubte, mit seiner Mieteinnahme nicht mehr auskommen zu können, nämlich die Steigerung der Miete vor.

Wie ist nun fest die Friedensmiete? Nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Juli 1926 ist die Friedensmiete diejenige, die bei der Grundvermögenssteuer, der von den Gemeinden erhoben wird, und 100 Prozent übersteigt, auf die Mieter umgelegt werden. Diese Verordnung stammt aus dem Jahre 1924. Das oben abgedruckte Gesetz, wonach die Miete bis zum 1. April 1926 100 Prozent nicht übersteigen darf, ist beschlossen am 1. März 1926. Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Juli 1926 ist also ein Gesetz, welches dem oben beschriebenen Gesetz entgegensteht. Es hätte allerdings nicht gelteht, wenn der Reichstag in seinem Gesetz deutlich zum Ausdruck gebracht hätte, daß nunmehr Grundvermögen für die Zukunft nicht mehr in Frage kommen dürfen. Die Folge dieser Unterlassung ist, daß es ebenfalls ein Gesetz, wonach die Miete bis zum 1. Juli 1926 100 Prozent nicht übersteigen darf, in Frage kommen würde. Das Gesetz über die Grundvermögenssteuer und die Grundvermögenssteuer, so ist die Friedensmiete erreicht, und es gibt keine andere Miete als die, die am 1. Juli 1924 gefastet wurde, das Mietengesetz, welches im Juli 1924 gefastet wurde.

Weiterer Beitrag zu den Stahlheim-Überfällen in Ammendorf

Ein Augenzeuge, welcher die Verbrechen mitgemacht hat, gibt folgende Darstellung: Es ist richtig, daß die Leute von der Polizei in der Berliner Straße angehalten wurden, und nach Stöden untersucht wurden. Eine ganze Reihe wurde ihnen abgenommen. Die Polizei wurde keine Untersuchung vorgenommen. Dann ging die Fahrt weiter über verschiedene Dörfer. Unter anderem wurden Dörfern und Stämmen, es wurde mehrmals angehalten und verhaftet.

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Verwaltung Halle, Harz 42 44

Am Sonntag, dem 27. Juni 1926, findet in den nachstehend bezeichneten Lokalen die

Wahl eines Delegierten zur 17. ordentlichen Generalversammlung in Bremen

statt. Die Wahlhandlung beginnt vormittags 10 Uhr und endet nachmittags 4 Uhr. Für die Wahlhandlung sind folgende Lokale bestimmt:

1. „Vollpapp“, Burgstr. 2, Generalitätshaus, Harz 42 44 (Bureau).
2. Produktiv-Gesellschaft, Verchenstraße 12.
3. Lokale Hof, Werberbergstr. 8, des Schlossertrage.
4. Pöppel's Restaurant, Freimfelder Straße 17, 6. Ammendorf, Galtshof, „Gärtner“.
5. Wirtshaus, Kaffeehaus, 2. Wirtshaus, Galtshof, „Zur Sonne“, Wirtshaus, Galtshof, „Zur Sonne“, Wirtshaus, Galtshof, „Zur Sonne“.

Die Wahlhandlung wird von der 17. ordentlichen Generalversammlung der Deutschen Metallarbeiter-Vereine durchgeführt. Die Wahlberechtigung ist jedoch nur den Mitgliedern, die mit ihren Beiträgen auf dem Laufenden sind nach § 8 des Statuts. Ohne Mitgliedschaft des Deutschen Metallarbeiter-Vereins darf niemand wählen.

Die Ortsverwaltung des DMB.

Vom Regen in die Traufe

Wegen eines Holzeinschlags war der Geschäftsführer Paul Schneider aus Gräfenhainichen am 17. Oktober vorigen Jahres zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Seine ebenfalls beteiligte Ehefrau Elise kam damals mit 100 Mark Geldstrafe davon. Der Angeklagte war schon wegen eines anderen Vergehens verurteilt, doch war ihm Bewährungsfrist zugesprochen. Grund der neuen Verurteilung mußte er jedoch nur bekräftigen, daß die gemachte Verurteilung aufgehoben wurde. Darum ließ er gegen das neue Urteil Berufung ein und verleitete unter Mithilfe seiner Ehefrau den Arbeiter Otto Franke aus Gräfenhainichen in die Verurteilung. Franke sollte zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt werden, doch wurde ihm die Verurteilung aufgehoben, weil er sich nicht zur Zahlung des Geldes bereit und sich nicht von der Verurteilung trennen konnte. Er sollte zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt werden, doch wurde ihm die Verurteilung aufgehoben, weil er sich nicht zur Zahlung des Geldes bereit und sich nicht von der Verurteilung trennen konnte.

Die Frau hat sich nicht zur Zahlung des Geldes bereit und sich nicht von der Verurteilung trennen können. Die Frau hat sich nicht zur Zahlung des Geldes bereit und sich nicht von der Verurteilung trennen können.

Aus dem 300

Geheim wurde die Raubentdeckung des Zoologischen Gartens ein erstklassiges neues Schauspiel bereitet. Die Angelegenheit ist ein Fall, der sich im Zoologischen Garten des Zoologischen Gartens ereignet hat. Die Angelegenheit ist ein Fall, der sich im Zoologischen Garten des Zoologischen Gartens ereignet hat.

Theater, Konzerte und Vorträge

Theater: Der tüchtige Regisseur „Panzerkreuzer Potemkin“ kommt nach der nächsten Woche im Deutscher Theater zur Vorstellung. Es ist schon die Rede von einer weiteren Vorstellung. Es ist schon die Rede von einer weiteren Vorstellung.

Konzerte: Der tüchtige Regisseur „Panzerkreuzer Potemkin“ kommt nach der nächsten Woche im Deutscher Theater zur Vorstellung. Es ist schon die Rede von einer weiteren Vorstellung. Es ist schon die Rede von einer weiteren Vorstellung.

Panzerkreuzer Potemkin: der Film, den ein jeder sehen haben muß. Arbeiter und Arbeiterinnen, befehlt zahlreich die Nachmittags-Vorstellungen.

Die Kulturhande

Auf der internationalen Schauspielkonferenz wurde heute folgender Aufruf an die internationale Schauspielkonferenz verbreitet

Der Minister Kiliß hat heute bei der Eröffnung der internationalen Schauspielkonferenz die anwesenden Vertreter und Gäste im Auftrag der Reichsregierung unter anderem mit ungefähr folgenden Ausführungen begrüßt:

„Diese Schauspielkonferenz trägt mit dazu bei, die Völker wieder zueinander zu führen, zunächst auf dem Gebiete des geistigen Lebens. Dazu ist in erster Linie die Kunst berufen, besonders die dramatische Kunst.“

Die durch die reaktionäre deutsche Kultur seit Jahren auf schwerer Grundlage ins Verderben stürmte und Schicksalhaftigkeit prädestiniert auf das entscheidende gegen diesen Versuch des Vertreters der reaktionären Reichsregierung, sich als Beschützer der freien dramatischen Kunst aufzuführen. Zu einem dieser Wendet sie sich an die internationale Schauspielkonferenz und fordert sie auf, Stellung zu nehmen zu den Verfolgungen von Kunst und Literatur durch die reaktionäre Kultur in Deutschland.

Aus der Halle des Weltkriebs führen wir zur nächsten Begründung kurz folgende Beispiele an:

Am 21. Juli 1925 wurde der Schauspieler Rolf Gärtnert zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er bei einer künstlerischen Feste zum Gedächtnis der hundertjährigen Wehrmacht der russischen Revolution Gedichte rezitierte, die im übrigen in seiner Zeit verboten waren und in jedem Buchladen zu kaufen sind.

Der Schauspieler Rolf Gärtnert ist am 21. März 1925 bis zum 12. Mai 1925 in Haft, weil er ein Theaterstück „Der rote Schimmel“ vorführt hatte. Seine Verurteilung wurde lediglich durch die inzwischen eingetretene Amnestie vom 15. August 1925 vermindert.

Befehlsgemäß wurde ein Buch der Schriftstellerin Bertha Kauf, das ein historisches Bauerndrama „Thomas Müntzer“ enthielt. Die Eigenartigkeit des jungen Reichsrichters zum Kaiser Barbarossa ein Buch der Schriftstellerin Karoline Reihner „Damburg auf den Barrikaden“ wurde beiseite

nahmt und verboten, trotzdem es in künstlerischer Form tatsächliche Ereignisse schilderte.

Mehrere Gedächtnisreden des bekannten Dichters Johannes A. Becker wurden beschlagnahmt und Becker selbst unter Anklage des Hochverrats und der Gotteslästerung gestellt.

Der Schriftsteller Fritz von Suttner wurde wegen der Kritik dem russischen Film „Sein Wahrheit“ vom Reichsgericht zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, obgleich selbst das Reichsgericht zugab, daß der Inhalt des Films in seiner Weise gegen die Strafrechtsverstoß.

Die gefährliche Bedrohung aber erzählt die freie Kunst in Deutschland durch den Gehensinn gegen den sogenannten „Schmutz und Schand und Witz und Witz“, was unter dem Vorwand des Schutzes der Jugend vor Verführung die gesamte Kunst, namentlich auch die Kinokunst, schwer in ihrem Schaffen bedrängt.

Wir, die Unterzeichneten, sehen keinen anderen Weg, um den schandavollen Verfolgungen der freien Kunst in Deutschland ein Ende zu bereiten, als den Appell an die öffentliche Meinung der ganzen Kulturwelt. Wir werden uns bestrebt sein, allen auch an internationalen Schauspielkonferenzen, weil wir erwarten, daß die freien Künstler der Welt die schwer verlorene und schwer ringende freie Kunstfreiheit Deutschlands in ihrem harten Kampfe für das Recht freier Kunstfreiheit dringlich unterstützen werden.

Kameraden, erhebt eure Stimme zum Protest gegen die Verfolgung der freien Kunst und Literatur in Deutschland. Helft uns!

Komitee revolutionärer Künstler und Schriftsteller Deutschlands.

ges. Rolf Gärtnert, Erich Mühsam.

Dem vorstehenden Aufruf schließen sich an:

Kampfbund für Volksrecht,
ges. Reichsminister Frey,

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Republikaner,
ges. H. W. K.

Bereinigung Inkonsequenter Verleger,
ges. W. K.

Bereinigung sozialistischer Verleger,
ges. Reichsminister Dr. A. G. M.

Ein Film, den ein jeder sehen haben muß. Arbeiter und Arbeiterinnen, befehlt zahlreich die Nachmittags-Vorstellungen.

Die durch die reaktionäre deutsche Kultur seit Jahren auf schwerer Grundlage ins Verderben stürmte und Schicksalhaftigkeit prädestiniert auf das entscheidende gegen diesen Versuch des Vertreters der reaktionären Reichsregierung, sich als Beschützer der freien dramatischen Kunst aufzuführen. Zu einem dieser Wendet sie sich an die internationale Schauspielkonferenz und fordert sie auf, Stellung zu nehmen zu den Verfolgungen von Kunst und Literatur durch die reaktionäre Kultur in Deutschland.

Aus der Halle des Weltkriebs führen wir zur nächsten Begründung kurz folgende Beispiele an:

Am 21. Juli 1925 wurde der Schauspieler Rolf Gärtnert zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er bei einer künstlerischen Feste zum Gedächtnis der hundertjährigen Wehrmacht der russischen Revolution Gedichte rezitierte, die im übrigen in seiner Zeit verboten waren und in jedem Buchladen zu kaufen sind.

Der Schauspieler Rolf Gärtnert ist am 21. März 1925 bis zum 12. Mai 1925 in Haft, weil er ein Theaterstück „Der rote Schimmel“ vorführt hatte. Seine Verurteilung wurde lediglich durch die inzwischen eingetretene Amnestie vom 15. August 1925 vermindert.

Befehlsgemäß wurde ein Buch der Schriftstellerin Bertha Kauf, das ein historisches Bauerndrama „Thomas Müntzer“ enthielt. Die Eigenartigkeit des jungen Reichsrichters zum Kaiser Barbarossa ein Buch der Schriftstellerin Karoline Reihner „Damburg auf den Barrikaden“ wurde beiseite

Die Arbeiter des Volkstheils

Der Volkstheils auf dem Lande

Von Edwin Goerz

Ann. d. Red. Genosse Goerz zieht die Bilanz der Volkstheilsarbeit im Reich im Vergleich mit den Erfahrungen unserer Erfahrungen im Bereich Halle-Merseburg nach der kollektiven Arbeit der Genossen, die an der Landtagung teilnahmen, erfolgen.

Ein ständiger Heberlud über die Ergebnisse des Volkstheils zeigt mit aller Deutlichkeit die gewaltige Bedeutung des flachen Landes für die Wirtschaft der Landbevölkerung. In den Großstädten und Industriegebieten haben die entscheidenden Schichten der Bevölkerung nicht allein nicht so reichlich geschloßen mit ja genommen, die Arbeiterbewegung hinaus trotz heftiger Gegenopposition im Bereich Halle-Merseburg nach der kollektiven Arbeit der Genossen, die an der Landtagung teilnahmen, erfolgen.

Ein ständiger Heberlud über die Ergebnisse des Volkstheils zeigt mit aller Deutlichkeit die gewaltige Bedeutung des flachen Landes für die Wirtschaft der Landbevölkerung. In den Großstädten und Industriegebieten haben die entscheidenden Schichten der Bevölkerung nicht allein nicht so reichlich geschloßen mit ja genommen, die Arbeiterbewegung hinaus trotz heftiger Gegenopposition im Bereich Halle-Merseburg nach der kollektiven Arbeit der Genossen, die an der Landtagung teilnahmen, erfolgen.

Bürgerliche „Ja“-Stimmen beim Volkstheils

Die SPD. hat die verarmten Mittelständler mobilisiert

Stadtbezirk	KPD. und USP. Stimmen am 7. Dezember 1924	SPD. Stimmen am 7. Dezember 1924	Ja-Stimmen beim Volkstheils 1926	Zahl der aktiven Wähler, berechnet nach den Reichstagswahlen vom 4. Mai und 7. Dezember 1924
Halle	27 498 (25%)	13 043 (12%)	53 369 (49%)	109 564 (51%)
Weißenfels .	5 606 (27%)	3 707 (18%)	11 641 (56%)	20 552 (44%)
Merseburg .	2 912 (21%)	2 662 (19%)	6 972 (51%)	13 692 (49%)
Wittenberg .	2 839 (22%)	1 748 (13%)	5 585 (43%)	13 111 (57%)
Zeitz	2 443 (12%)	7 384 (36%)	10 840 (53%)	20 456 (47%)
Eisleben . .	2 963 (22%)	1 766 (13%)	5 683 (37%)	13 642 (63%)
Raumburg .	1 833 (11%)	2 427 (15%)	4 338 (26%)	16 625 (74%)

Die obenstehende Statistik, die die Statistik des Bezirks Halle-Merseburg umfasst, stellt das Verhältnis der aktiven Wähler zu den SPD., USP. und den SPD.-Stimmen vom 7. Dezember 1924 und den „Ja“-Stimmen beim Volkstheils dar. Die Zahl der aktiven Wähler ist nicht identisch mit der Zahl der Wahlberechtigten. Die Zahl der aktiven Wähler sind lediglich diejenigen, die bei den Wahlen — von allen Parteien — zur Wahl gehen. Die Zahl der aktiven Wähler wurde dadurch gewonnen, daß wir die Gesamtzahl aller Wähler vom 4. Mai und 7. Dezember für die einzelnen Stadtbezirke zusammenzählten und durch zwei dividierten. — Der erste Subtrahend von links stellt die Zahl der KPD., USP.-Stimmen, proportional berechnet, auf die aktive Wählerzahl dar. Es folgen in gleicher Weise die SPD.-Stimmen. In der dritten Spalte von links nach rechts sind dann in derselben Weise die Resultate des Volkstheils („Ja“-Stimmen) dargestellt worden. Die letzte Spalte stellt graphisch noch einen Teil der aktiven Wähler dar, der sich nicht am Volkstheils beteiligt hat bzw. einen ungenügenden Stimmanteil oder einen mit „Nein“ abgegeben hat.

Durch diese Anordnung ist es möglich, ein genaues Bild von dem Einbruch der „Ja“-Stimmen beim Volkstheils in das bürgerliche Lager über die SPD., USP. und SPD.-Stimmen hinaus zu erhalten. Die sieben Stadtbezirke sind geordnet nach der Stärke dieses Einbruchs in das bürgerliche Lager. Halle steht an der Spitze, Raumburg am Schluß. Während Halle 12 Prozent der aktiven Wähler aus dem bürgerlichen Lager für den Volkstheils hat mobilisieren können, hat der Stadtbezirk Raumburg beim Volkstheils gerade die Stimmen von SPD. und KPD. erreicht. Es ist überaus bezeichnend, daß in all den Stadtbezirken, wo die SPD. einen größeren oder überlegenden Einfluß gegenüber der KPD. aufzuweisen hat, der Einbruch in das bürgerliche Lager beim Volkstheils am wenigsten gelungen ist. Man braucht nur Zeitz anschauen, wo bekanntlich die SPD. viel stärker ist als die KPD., man braucht sich nur das Verhältnis von Wähler mit Vorliebe, daß die „Bundesgenossenschaft mit den Kommunisten“ das Ergebnis des Volkstheils ungünstig beeinflusst hätte. Genau das Gegenteil ist der Fall. Überall, wo die SPD. als Organisation stark ist, ist der größte Einbruch ins bürgerliche Lager zu verzeichnen, wo dagegen die SPD. stark ist, ist dies nicht der Fall. Wir werden in den nächsten Tagen diese Tatsache auch an den Landfreien des Bezirks Halle-Merseburg nachweisen. Zahlen reden eine harte Sprache, Zahlen beweisen. Diese Zahlen werden den SPD.-Anhängern des Bezirks weniger angenehm sein.

Bürgerliche „Ja“-Stimmen. In der dritten Spalte von links nach rechts sind die bürgerlichen „Ja“-Stimmen dadurch markiert worden, daß sie vom Gesamtresultat der „Ja“-Stimmen abgezogen wurden. Sie betragen für die Stadtbezirke Halle 12 Prozent, für Weißenfels 11 Prozent, für Merseburg 11 Prozent, für Wittenberg 8 Prozent, für Zeitz 5 Prozent, Eisleben 2 Prozent, Raumburg 0 Prozent, berechnet auf die aktiven Wählerzahlen. Die tatsächliche Zahl der bürgerlichen „Ja“-Stimmen läßt sich aus der Differenz der „Ja“-Stimmen und der SPD., USP. und SPD.-Stimmen ohne weiteres herausrechnen.

Im Wahlkreis Thüringen sind wahlberechtigt 1 410 888 Personen. An „Ja“-Stimmen beim Volkstheils wurden abgegeben 580 806 Stimmen, während die KPD. und die SPD. bei den Reichstagswahlen im Dezember 1924 460 801 Stimmen hatten und sogar Thüringen und Marx bei den Reichstagswahlen vor einem Jahr zusammen nur 508 729 Stimmen. Es ist also in Thüringen gelungen, die Stimmenzahlen für Thüringen und Marx beim Volkstheils um 77 085 Stimmen zu erhöhen. Man bedenke mit als Gegenstück den Wahlkreis Halle-Merseburg, wo die SPD. 0 „große Erträge“ zu verzeichnen hatte und erst kürzlich behauptete, die KPD. sei dort „zusammengeschoben“. Die Zahlen zeigen dort folgendes Bild: Wahlberechtigte 573 633, Ja-Stimmen zum Volkstheils 150 222, Thüringen und Marx zusammen bei den Reichstagswahlen 186 765. Also etwa 36 000 Stimmen weniger!

Während in drei bürgerlichen Wahlkreisen gegenüber der Reichstagswahl Thüringen-Marx beim Volkstheils etwa 300 000 Stimmen aufholten, ergab sich in der sozialdemokratischen Hochburg des Westfälischen Magdeburg nur ein Stimmengewinn von etwa 10 000. Das ist im Verhältnis zu den bürgerlichen Bezirken nur etwa 10 Prozent des tatsächlichen Gewinns.

Es zeigt sich an diesen paar Zahlen, wie heftig die Hebe der SPD.-Wähler ist, mit der sie ihre fortwährende Sabotage der proletarischen Einheitsfront, ihre Unterfütterung der Hindenburg-Marx-Regierung und ihren gegenwärtig offenen Übergang auf die Seite der Rüstendiktator verdecken wollen.

Einheitsfront gegen Faschistenterror in Buer

(Sig. Drehsim.) Buer, 26. Juni.

Zu der Demonstration gegen den Faschistenterror hatten sich 3000 Männer und Frauen aller Bevölkerungsklassen eingefunden. Eine Gruppe Reichsbannerarbeiter von etwa 80 Mann war ebenfalls, allerdings mit schwarzgoldener Fahne, erschienen. Auf dem Marktplatz sprach ein Vertreter des Roten Frontkämpfer-Bundes und ein Vertreter des Reichsbanners.

Einigung zwischen Reichsbahn und Gewerkschaften

Nachdem das Reichsbahngesetz in dem Streit zwischen der deutschen Reichsbahngewerkschaft und der Reichsregierung über die Wirksamkeit der Verbindlichkeitsklärung des in dem Lohnrechts-Gesetzes beschriebenen, hat, daß die Verbindlichkeitsklärung des Reichsbahngewerkschaften wirksam ist, hat die Deutsche Reichsbahngewerkschaft sich bereit erklärt, die Verhandlungen wegen der Durchführung des Schiedsprüfung in Verbindung gesetzt. Nach der abgeschlossenen Vereinbarung werden die Ansprüche aus der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1926 pauschaliert. Die mindestens 24 000 Arbeiter erhalten für jeden Kalendermonat, der in diese Zeit fällt, eine Bonuszahlung, welche beträgt: für die Arbeiter der Lohngruppen I bis V 20 Mark, der Lohngruppen VI und VII 4,50 Mark, und der Lohngruppen VIII bis XI 1,50 Mark für die Monats-Entlohnungen von 25 Prozent und darüber betragen, 6,00 Mark. Vom 1. Juli 1926 an werden die durch den Schiedspruch festgelegten höheren Löhne der Berechnung der Bezüge der Arbeiter zugrundegelegt.

Rede Gebrauch machen, oder aber bei der Abstimmung einen formelhaften Bedenken. Der Volkstheils lehrt uns also nicht nur, daß die hiesigen Genossen für die Lösung der Klassenkämpfe des Proletariats ein unantastbares Wertung ist, weil die proletarische Kraft ihrer tatsächlichen Wachheit die formale Verfassung nicht wieder außer Kraft zu setzen vermag; der Volkstheils lehrt uns auch, daß die bürgerliche Demokratie gleichzeitig ein Kampfbündnis ist für die Arbeiterklasse an ausgerechnet der Partei, die die Klassenkämpfe des Proletariats vertritt. In der dritten Spalte von links nach rechts sind die bürgerlichen „Ja“-Stimmen dadurch markiert worden, daß sie vom Gesamtresultat der „Ja“-Stimmen abgezogen wurden. Sie betragen für die Stadtbezirke Halle 12 Prozent, für Weißenfels 11 Prozent, für Merseburg 11 Prozent, für Wittenberg 8 Prozent, für Zeitz 5 Prozent, Eisleben 2 Prozent, Raumburg 0 Prozent, berechnet auf die aktiven Wählerzahlen. Die tatsächliche Zahl der bürgerlichen „Ja“-Stimmen läßt sich aus der Differenz der „Ja“-Stimmen und der SPD., USP. und SPD.-Stimmen ohne weiteres herausrechnen.

Rede Gebrauch machen, oder aber bei der Abstimmung einen formelhaften Bedenken. Der Volkstheils lehrt uns also nicht nur, daß die hiesigen Genossen für die Lösung der Klassenkämpfe des Proletariats ein unantastbares Wertung ist, weil die proletarische Kraft ihrer tatsächlichen Wachheit die formale Verfassung nicht wieder außer Kraft zu setzen vermag; der Volkstheils lehrt uns auch, daß die bürgerliche Demokratie gleichzeitig ein Kampfbündnis ist für die Arbeiterklasse an ausgerechnet der Partei, die die Klassenkämpfe des Proletariats vertritt. In der dritten Spalte von links nach rechts sind die bürgerlichen „Ja“-Stimmen dadurch markiert worden, daß sie vom Gesamtresultat der „Ja“-Stimmen abgezogen wurden. Sie betragen für die Stadtbezirke Halle 12 Prozent, für Weißenfels 11 Prozent, für Merseburg 11 Prozent, für Wittenberg 8 Prozent, für Zeitz 5 Prozent, Eisleben 2 Prozent, Raumburg 0 Prozent, berechnet auf die aktiven Wählerzahlen. Die tatsächliche Zahl der bürgerlichen „Ja“-Stimmen läßt sich aus der Differenz der „Ja“-Stimmen und der SPD., USP. und SPD.-Stimmen ohne weiteres herausrechnen.

Halle'se Behauptungen

Die SPD.-Presse behauptete, daß in Thüringen und Sachsen, „wo die Kommunisten von früher her die Bevölkerung in wenig angenehmer Erinnerung sind“, die Ergebnisse des Volkstheils besonders schlecht ausfallen seien. Die Thüringer SPD.-Presse erzielte in dieser Frage bereits dem „Vorwärts“ und dem „Kommunisten“ die folgende Behauptungen ebenfalls brachte, eine heilige Kuh. Aber wir wollen heute nochmals — diesmal in anderer Zahlen — zeigen, wie heillos die sozialdemokratische Lüge ist.

Ein ständiger Heberlud über die Ergebnisse des Volkstheils zeigt mit aller Deutlichkeit die gewaltige Bedeutung des flachen Landes für die Wirtschaft der Landbevölkerung. In den Großstädten und Industriegebieten haben die entscheidenden Schichten der Bevölkerung nicht allein nicht so reichlich geschloßen mit ja genommen, die Arbeiterbewegung hinaus trotz heftiger Gegenopposition im Bereich Halle-Merseburg nach der kollektiven Arbeit der Genossen, die an der Landtagung teilnahmen, erfolgen.

Ein ständiger Heberlud über die Ergebnisse des Volkstheils zeigt mit aller Deutlichkeit die gewaltige Bedeutung des flachen Landes für die Wirtschaft der Landbevölkerung. In den Großstädten und Industriegebieten haben die entscheidenden Schichten der Bevölkerung nicht allein nicht so reichlich geschloßen mit ja genommen, die Arbeiterbewegung hinaus trotz heftiger Gegenopposition im Bereich Halle-Merseburg nach der kollektiven Arbeit der Genossen, die an der Landtagung teilnahmen, erfolgen.

Ein ständiger Heberlud über die Ergebnisse des Volkstheils zeigt mit aller Deutlichkeit die gewaltige Bedeutung des flachen Landes für die Wirtschaft der Landbevölkerung. In den Großstädten und Industriegebieten haben die entscheidenden Schichten der Bevölkerung nicht allein nicht so reichlich geschloßen mit ja genommen, die Arbeiterbewegung hinaus trotz heftiger Gegenopposition im Bereich Halle-Merseburg nach der kollektiven Arbeit der Genossen, die an der Landtagung teilnahmen, erfolgen.

Ein ständiger Heberlud über die Ergebnisse des Volkstheils zeigt mit aller Deutlichkeit die gewaltige Bedeutung des flachen Landes für die Wirtschaft der Landbevölkerung. In den Großstädten und Industriegebieten haben die entscheidenden Schichten der Bevölkerung nicht allein nicht so reichlich geschloßen mit ja genommen, die Arbeiterbewegung hinaus trotz heftiger Gegenopposition im Bereich Halle-Merseburg nach der kollektiven Arbeit der Genossen, die an der Landtagung teilnahmen, erfolgen.

Ein ständiger Heberlud über die Ergebnisse des Volkstheils zeigt mit aller Deutlichkeit die gewaltige Bedeutung des flachen Landes für die Wirtschaft der Landbevölkerung. In den Großstädten und Industriegebieten haben die entscheidenden Schichten der Bevölkerung nicht allein nicht so reichlich geschloßen mit ja genommen, die Arbeiterbewegung hinaus trotz heftiger Gegenopposition im Bereich Halle-Merseburg nach der kollektiven Arbeit der Genossen, die an der Landtagung teilnahmen, erfolgen.

Ein ständiger Heberlud über die Ergebnisse des Volkstheils zeigt mit aller Deutlichkeit die gewaltige Bedeutung des flachen Landes für die Wirtschaft der Landbevölkerung. In den Großstädten und Industriegebieten haben die entscheidenden Schichten der Bevölkerung nicht allein nicht so reichlich geschloßen mit ja genommen, die Arbeiterbewegung hinaus trotz heftiger Gegenopposition im Bereich Halle-Merseburg nach der kollektiven Arbeit der Genossen, die an der Landtagung teilnahmen, erfolgen.

